

Level the playing field: faire und unbürokratische Wettbewerbsbedingungen

In Zeiten wachsender geopolitischer Unsicherheiten und tiefgreifenden Transformationsprozessen geraten der Wirtschaftsstandort Deutschland und die international vernetzte regionale Wirtschaft im globalen Wettbewerb zunehmend ins Hintertreffen.

Nicht zuletzt die aktuelle Handelspolitik der USA macht es umso dringender, dass sowohl die EU als auch die Bundesregierung konkrete Schritte zur Stärkung der Standortbedingungen der hiesigen Unternehmen zügig umsetzt.

Vor allem kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) leiden unter einer hohen Bürokratielast und den damit verbundenen Kosten. Dies gilt auch bei Bestimmungen, von denen sie nur mittelbar betroffen sind (Trickle-Down-Effekt). Unternehmen in Drittländern hingegen müssen oft keine vergleichbaren bürokratischen Anforderungen erfüllen und sind von dem Aufwand und den erheblichen Kosten nicht betroffen. Dies führt für die hiesigen exportorientierten Unternehmen auf internationalen Märkten zu erheblichen Benachteiligungen zulasten der Wettbewerbsfähigkeit.

Unsere Kritik richtet sich keinesfalls gegen den globalen Wettbewerb, sondern dagegen, dass sich das „level playing field“ (die Gewährleistung fairer Wettbewerbsbedingungen im internationalen Handel) zunehmend zu einem „unlevel playing field“ entwickelt.

Auch auf dem EU-Binnenmarkt mangelt es oft an einem „level playing field“. Häufig sind deutsche Unternehmen durch nationale Regelungen im Vergleich zu anderen EU-Unternehmen Wettbewerbsnachteilen ausgesetzt. Ein Beispiel hierfür ist das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG). Zudem führen Verschärfungen bei der Umsetzung von EU-Richtlinien in nationales Recht sowie unnötig strenge Durchsetzungen – sogenanntes Goldplating – zu Standortnachteilen für die deutsche Wirtschaft.

Das „unlevel playing field“ betrifft nicht nur die Exporte der hiesigen Wirtschaft, sondern auch die Wettbewerbsbedingungen auf dem heimischen Markt. Verstärkt drängen Importe aus Drittländern – oft über außereuropäische Online-Plattformen – zu unfairen Preisen auf den europäischen Binnenmarkt. Dies stellt sowohl lokale Hersteller und Händler als auch Behörden vor erhebliche Herausforderungen und Kosten. Es besteht das Risiko, dass die Einhaltung der EU-Vorschriften zum Beispiel im Bereich der Produktsicherheit und Umweltstandards zum Teil nicht ausreichend sichergestellt ist.

Die Wettbewerbsfähigkeit der regionalen Wirtschaft stärken

Die gewerbliche Wirtschaft bildet ein starkes Fundament für den Wohlstand und die Wirtschaftsstärke in unserer Region. Sie spielt eine entscheidende Rolle für deren Zukunft.

Die Industrie trägt zu Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und vielfältigen Beschäftigungsmöglichkeiten für unterschiedliche Qualifikationsniveaus. Das verarbeitende Gewerbe im Kammerbezirk beschäftigt rund 20.600 Mitarbeiter (Februar 2025).¹ Die Bruttowertschöpfung des

¹ Hessisches Statistisches Landesamt, Betriebe mit mind. 50 tätige Personen und Umsatz im Verarbeitenden Gewerbe (hier definiert als einschl. Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden).

verarbeitenden Gewerbes liegt bei ca. 2.923 Mio. € (2022).² Das verarbeitende Gewerbe erwirtschaftet rund 44% (2023) seines Umsatzes im Ausland.³ Es ist zudem auch eng mit dem Rest der gewerblichen Wirtschaft – vor allem der Dienstleistungswirtschaft – eng verflochten.

Vor allem der Mittelstand in der Region ist überproportional von den Kosten der Bürokratiebelastung betroffen. Dadurch fehlen oft an anderer Stelle die Ressourcen, zum Beispiel für Innovation und Forschung. Um langfristig international wettbewerbsfähig zu bleiben, braucht die regionale Wirtschaft dringend einen spürbaren Abbau von bürokratischen Hürden und nicht zielführenden bzw. doppelten Berichts- und Dokumentationspflichten.

1. Wir fordern eine konsequente einheitliche Durchsetzung des EU-Rechts in den 27 Mitgliedstaaten für fairere Wettbewerbsbedingungen auf dem EU-Binnenmarkt. Dies stärkt wiederum auch den Wirtschaftsstandort Europa im internationalen Wettbewerb. Wir fordern ausdrücklich, dass der deutsche Gesetzgeber EU-Vorschriften eins zu eins ohne unnötiges "Goldplating" umsetzt.
2. Wir fordern schon in den frühen Phasen der Gesetzgebung (auf allen Ebenen) wirksame Bürokratiebremsen, wie z. B. Praxis-Checks, die nicht nur unternehmerische Realitäten des Mittelstands, sondern auch internationale Rahmen- und Wettbewerbsbedingungen mitberücksichtigen. Praxis-Checks sollten grundsätzlich mit Beteiligung der Wirtschaft erfolgen – z. B. durch Testläufe in Pilotunternehmen („Regulatory Sandboxes“). Entsprechend den Wirtschaftspolitischen Positionen der DIHK, die in der Vollversammlung vom 19. März 2025 beschlossen wurden, regen wir eine konsequente Umsetzung der „One in, one out“ Regel sowohl in Deutschland als auch auf EU-Ebene sowie die Weiterentwicklung in eine „One in, two out“ Regel an.
3. In Übereinstimmung mit den Wirtschaftspolitischen Positionen der DIHK plädieren wir zudem für gesamteuropäische Regelungen statt einzelstaatlichen Bestimmungen und vor allem für ein koordiniertes Vorgehen auf EU-Ebene beim Thema Lieferkettensorgfaltspflicht. Deshalb fordern wir eine Aussetzung des deutschen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) bis zur Umsetzung der EU-weiten Regelungen. Die im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung dargelegten Vorschläge in Bezug auf das LkSG stellen einen wichtigen ersten Schritt dar, um die Belastungen des Mittelstandes zu reduzieren. Wir betonen, dass es von entscheidender Bedeutung ist, diese Impulse auch zeitnah in der Praxis zu verwirklichen.
4. Wir begrüßen, dass die neue Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag vorsieht, sich auf EU-Ebene im Bereich der Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD, Taxonomie) und der Lieferkettensorgfaltspflichten (CS3D) für Vereinfachungen einzusetzen sowie eine bürokratiearme Umsetzung der CS3D plant. Hierbei ist es wichtig, dass der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der mittelständischen Wirtschaft eine höhere Priorität eingeräumt wird.
5. Die Omnibus-Vorschläge (Omnibus I) der EU-Kommission sind als ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung zu begrüßen. Ebenso begrüßen wir die Entscheidung des Europäischen Parlaments, den Vorschlag der Kommission zur zeitlichen Verschiebung verschiedener Elemente der EU-Gesetze zu unterstützen. Bei den Verhandlungen ist es von wesentlicher Bedeutung für

² *Hessisches Statistisches Landesamt, Zahlen ohne Hochheim, verarbeitende Gewerbe = Industrie im engeren Sinne (Weiterverarbeitung von Rohstoffen zu Endprodukten)*

³ *Hessisches Statistisches Landesamt*

die internationale Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Mittelstands, dass Nachbesserungen zu tatsächlichen Entlastungen in der betrieblichen Praxis mittelständischer Unternehmen führen.

6. Die als Teil des Omnibus-Paket I beschlossenen Vereinfachungen in der Umsetzung der Meldepflichten des EU-CO₂ Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) und Bagatellgrenzen für KMU sind ebenfalls ein Schritt in die richtige Richtung, damit die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Exportwirtschaft nicht zusätzlich belastet wird.
7. „Gleiche Regeln für gleiche Märkte“ sollte auch für Importe gelten. Nicht nur wettbewerbskonforme Preise gehören zu einem „level playing field“. Die Einhaltung von europäischen Produkt- und Sicherheitsstandards und entsprechende Kennzeichnungs- und Dokumentationspflichten muss durch angemessene Zoll- und Marktüberwachungskontrollen und mittels eines risikobasierten Ansatzes ausreichend/verstärkt geprüft werden.

Abschließende Bemerkungen

Die Industrie und exportorientierte Unternehmen sind eine tragende Säule der wirtschaftlichen Entwicklung in der Region. Angesichts der weltwirtschaftlichen Herausforderungen ist es entscheidend, dass die neue Bundesregierung und die EU die angekündigten Schritte zur Entlastung zügig durchführen, um ein „level playing field“ für kleine und mittelständische Unternehmen zu gewährleisten. Wir sehen über die schon angekündigten Maßnahmen hinaus dringenden Handlungsbedarf, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der global aufgestellten und regional verwurzelten Wirtschaft zu stärken.